

Landtag Brandenburg

6. Wahlperiode

Mündliche Anfrage

des Abgeordneten Thomas Domres
der Fraktion DIE LINKE

zur Fragestunde der Landtagssitzung am 23.-25.9.2020

Aktivitäten gegen den Oderausbau

In seiner Sitzung im Juni hat der Ausschuss für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz den von polnischer Seite aus geplanten Ausbau der Oder kritisiert. Presseberichten zu Folge hat das Umweltministerium Widerspruch gegen die polnische Ausbaugenehmigung eingelegt. Minister Vogel soll kürzlich gemeinsam mit dem Staatssekretär des Bundesumweltministeriums Gespräche mit polnischen Behörden zum Oderausbau geführt haben.

Ich frage die Landesregierung:

Welche konkreten Ergebnisse haben diese Gespräche gebracht?

Thomas Domres, MdL



LAND BRANDENBURG

Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg
Postfach 601150 | 14411 Potsdam

Mitglied des Landtags
Herr Abgeordneter Thomas Domres
Fraktion DIE LINKE
Alter Markt 1
14467 Potsdam

nachrichtlich:
Landtagsverwaltung
Staatskanzlei, Ref. 21

Ministerium für
Landwirtschaft, Umwelt
und Klimaschutz
Der Minister

Henning-von-Tresckow-Str. 2-13
14467 Potsdam

Hausruf: 0331 866 7000
Fax: 0331 866 7003

Potsdam, 23. September 2020

21. Sitzung des Landtags am 23. September 2020
Ihre Mündliche Anfrage Nr. 252

Aktivitäten gegen den Oderausbau

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) wurde im Rahmen des polnischen Genehmigungsverfahrens zum Ausbau der Grenzoder beteiligt. Da die vom MLUK im Rahmen des grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsverfahrens vorgebrachten Einwände nur unzureichend im Umweltbeschluss der Regionalen Umweltdirektion Stettin (nachgeordnete Behörde des polnischen Umweltministeriums) vom 18.03.2020 berücksichtigt wurden, hat das MLUK Widerspruch gegen den Umweltbeschluss eingelegt. Eine Rückmeldung der Polen auf den Brandenburger Widerspruch ist bislang nicht eingegangen.

Bei zwei Gesprächen in polnischen Ministerien konnten der Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Herr Flasbarth, und ich die Beweggründe für die Einlegung des Widerspruchs erläutern.

Im Ergebnis des Termins im Ministerium für Meereswirtschaft und Binnenschifffahrt der Republik Polen, vertreten durch die Staatssekretärin Anna Moskwa, befürwortete die Staatssekretärin, dass das im Umweltbeschluss festgeschriebene begleitende Monitoring für die Ausbaumaßnahmen an der Grenzoder durch eine deutsch-polnische Expertengruppe begleitet wird. Auf diese Absprache über ein gemeinsames Expertenteam für das Monitoring hat am Anfang der Woche auch Przemyslaw Zukowski aus dem Polnischen Ministerium für Binnenschifffahrt in einem Interview mit der „MOZ“ verwiesen.


Dieses Gremium soll gewährleisten, dass eine Rückkopplung/Gegensteuerung mit Bezug auf die geplanten Maßnahmen erfolgt, wenn in Auswirkung der ersten Bau-
maßnahmen Beeinträchtigungen von Schutzgütern festgestellt werden. Es wurde
von mir darauf hingewiesen, dass ein reines Begleitmonitoring zur Dokumentation
von Veränderungen unzureichend wäre.

Die Fachleute des Brandenburger Umweltministeriums bewerten derzeit die vom
polnischen Vorhabenträger (regionale Wasserdirektion Stettin, nachgeordnete Ein-
richtung des Ministeriums) vorgelegten Monitoringvorschläge.

Somit besteht im Ergebnis des Gesprächs in Warschau ein konkreter Arbeitsauftrag
zur Einrichtung dieses deutsch-polnischen Expertengremiums zur Umsetzung ei-
nes grenzüberschreitenden Monitorings.

Anlässlich des Gesprächs im Umweltministerium der Republik Polen mit Frau
Staatssekretärin Małgorzata Golińska wurde vereinbart, sich im Rahmen der nächs-
ten Sitzung des „Deutsch-Polnischen Programmrates für den Schutzgebietsver-
bund Unteres Odertal“ zum umweltverträglichen Ausbau der Grenzoder auszutau-
schen. Staatssekretärin Golinska kündigt die Einberufung dieses Gremiums für das
1. Halbjahr 2021 an.

Mit freundlichen Grüßen



Axel Vogel